



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

**Beschluss der
8. Bundesdelegiertenversammlung am
16. und 17. November 2007 in Bremen**

LEITANTRAG

Für eine grundsätzliche politische Wende

- Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft -

(einstimmig beschlossen)

I.

Systemkrise abwenden

Die „soziale Gerechtigkeit“, wie sie heute praktiziert wird, hat keine gesellschaftlich tragfähige Perspektive. Die Balance zwischen Freiheit sowie Eigenverantwortung auf der einen Seite und staatlichen insbesondere sozialpolitischen Eingriffen auf der anderen Seite, ist aus den Fugen geraten.

Dem ungeachtet haben anhaltende Reformdiskussionen und die augenfälligen Fehlsteuerungen in unseren sozialen Sicherungssystemen nicht zu einer grundlegenden Umstrukturierung geführt. In breiten Schichten unserer Gesellschaft erhält die heute praktizierte „soziale Gerechtigkeit“ gar Zuspruch. Die Leistungsbereitschaft der Deutschen ist einer bedrohlichen Versorgungsmentalität gewichen.

Über Jahrzehnte hinweg hat die Politik eine Ordnungsrealität geschaffen, an die sich die Menschen gewöhnt haben. Diese Ordnungsrealität hat mit den Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard nicht mehr viel gemein und lässt Selbstverantwortung, private Initiative und Freiheit ersticken:

„Je mehr sich der einzelne Bürger und hier wieder vor allem der private Unternehmer durch immer stärkere Einflussnahme (des Staates) auf den Wirtschaftsablauf auf schwankendem Boden fühlt, desto weniger Risikobereitschaft wird er bezeugen, aber er wird dazu auch das Gefühl für den Wert der Unabhängigkeit verlieren. (...) So reiht sich schließlich ein Glied an das andere, bis sich das menschliche Individuum in den Ketten der Unfreiheit sieht und am Ende die Funktionäre über unsere Lebensordnung beschließen.“ (Ludwig Erhard)

Wesentliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wurden schleichend ausgehöhlt. Der Grundsatz, Hilfe für wirklich Hilfsbedürftige zu gewähren, ist einer allgemeinen Versorgungsmentalität gewichen. Der freiheitlichen Betätigung von Unternehmern werden immer weitergehende Hürden eingebaut. Klare Trennungen der Zuständigkeiten in Bereiche, die der Einzelne besser als die Gemeinschaft und die die Gemeinschaft besser als der Einzelne erfüllen kann, sind nicht mehr erkennbar. Die oftmals undurchsichtige Verteilung politischer Verantwortung auf die verschiedenen Ebenen sowie die finanziellen Verflechtungen der einzelnen staatlichen Ebenen miteinander mündet in einem paralysierten Warten auf Entscheidungen und in einer Politik, die nicht für ein gemeinsames Ganzes agiert, sondern nur auf Detailprobleme reagiert.

Unsere bürgerliche Verantwortung verpflichtet uns, diese Fehlentwicklungen offen zu legen und um die Rückbesinnung auf die wahre Soziale Marktwirtschaft zu ringen. An einem grundlegenden Umsteuern in Deutschland führt kein Weg vorbei. Die notwendigen Reformen müssen sich ausrichten an mehr persönlicher Freiheit und Eigenverantwortung und weniger staatlicher Reglementierung. Ganz sicher ist die Verabschiedung von vertrauten Lebensgewohnheiten damit verbunden. Wir müssen uns dennoch jetzt entscheiden, anderenfalls wird die Lösung der Probleme immer schwieriger.

II.

Rückbesinnung auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft

Die Union hat in den fünfziger und sechziger Jahren, in denen sie in der Bundesrepublik Deutschland Regierungsverantwortung trug, nachgewiesen, dass sich mit der Sozialen Marktwirtschaft Wohlstand für alle und soziale Zufriedenheit erreichen lassen.

Die Union hat ihre überlegene Kompetenz in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen besonders eindrucksvoll in den Jahren dokumentiert, in denen Ludwig Erhard ihr Bundesminister für Wirtschaft war.

Damals wurden unter extrem schwierigen Bedingungen hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, Vollbeschäftigung, internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und stetig steigende soziale Fortschritte bei stabilen Preisen und soliden öffentlichen Haushalten erreicht. Die Erfahrung hat inzwischen unwiderlegbar gezeigt, dass sich derartige Erfolge mit keiner anderen Politik bewirken lassen.

Wir wollen deshalb, dass sich die Politik erneut an den Erfahrungen orientiert, die mit Erhards Sozialer Marktwirtschaft gewonnen wurden. Wir verlangen damit keine Rückkehr in die fünfziger Jahre und keine Wiederholung von Maßnahmen, die einst erfolgreich waren. Uns geht es darum, die Grundprinzipien und Erkenntnisse, die Erhards Sozialer Marktwirtschaft zugrunde lagen, in eine zeitgerechte politische Programmatik zu überführen, unter besonderer Berücksichtigung der Globalisierung und der demographischen Entwicklung.

III.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

Unsere Forderung beruht auf der Erkenntnis, dass gerade in einem Zeitalter gravierender Veränderungen wie sie mit der Globalisierung gegenwärtig auftreten, eine konzeptionell ausreichend bedachte Politik nötig ist und Ad-hoc-Maßnahmen – so erforderlich sie im einzelnen auch erscheinen mögen – nicht ausreichen. Wir sehen in der Sozialen Marktwirtschaft eine anspruchsvolle politische Gesamtkonzeption:

(1)

Sie entspricht unserem Menschenbild, weil sie auf freiheitlichen Grundsätzen beruht und das Subsidiaritätsprinzip beachtet.

(2)

Sie gibt der sozialen Gerechtigkeit Raum, weil sie die Eigenverantwortung jedes Menschen voraussetzt und die Hilfsbereitschaft und die Solidarität achtet, ohne die Gesellschaften inhuman werden.

(3)

Sie weist dem Staat klare Aufgaben zu und setzt seinem Wirken eindeutige Grenzen.

(4)

Sie sichert dem Individuum und Unternehmen freiheitliche Betätigung und garantiert den Raum für den freien Leistungswettbewerb.

(5)

Die Soziale Marktwirtschaft verknüpft Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik miteinander und löst Grundfragen, die sich im jeweiligen Bereich stellen, ganzheitlich und organisch.

IV.

Soziale Marktwirtschaft ist freiheitliche Wirtschaftspolitik

Soziale Marktwirtschaft bedeutet im Bereich der Wirtschaftspolitik systematisch auf Interventionen und Subventionen zu verzichten und die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Freiheit ein wichtiger Produktionsfaktor ist.

Freiheit ist wie Kapital und Arbeit ein unverzichtbarer Produktionsfaktor. Wie die Beschlagnahme von Produktionsmitteln oder die Verweigerung von Arbeitsleistungen bedeutet weniger Freiheit weniger Wohlstand. Demgegenüber aktiviert mehr Freiheit ungeahnte Produktivkräfte: „Freiheit ist eine Wirtschaftskraft von solcher Macht und Stärke, dass sich unsere zahlengläubigen Ökonomen und Statistiker von ihr nichts träumen lassen können.“ (Ludwig Erhard)

In der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik wird die produktive Kraft der Freiheit nicht berücksichtigt. Es wird nicht erkannt, dass wirtschaftliches Wachstum fast immer die Folge größerer Freiheit war. Man glaubt im Gegenteil, dass der Staat die Wirtschaft durch gezielte Interventionen und Subventionen fördern könne und fördern müsse und dass er der Freiheit Grenzen zu setzen habe, damit jeder gleiche Chancen habe und niemand andere ausbeuten könne. Selbst dort, wo man von „freiheitlicher Politik“ spricht, geht es um staatliche Lenkung der Wirtschaft durch staatliche Anreize.

Wir verlangen, dass die unsinnige Praxis staatlicher Bevormundung und ungezielter staatlicher Förderung beendet wird. Die Wirtschaftspolitik muss zur Kenntnis nehmen, dass staatlicher Dirigismus und bürokratische Kontrollen die Wirtschaft weitaus mehr behindern als fördern, zumal der Staat die Mittel für jede Fördermaßnahme der Wirtschaft zuvor entziehen muss.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die begreift, dass sich das Erwünschte in der Wirtschaft am ehesten ergibt, wenn jeder Beteiligte selbst entscheiden kann, was er tut. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliches Wachstum, sondern vor allem um die Lebensqualität und die optimale Nutzung bzw. Schonung der vorhandenen Ressourcen.

Die Beendigung der wirtschaftlichen Eingriffe durch den Staat, die wir fordern, ist alles andere als ein Bekenntnis zum Laissez faire: Wir verlangen eine Wirtschaftspolitik, die auf Interventionen und Subventionen verzichtet, die aber verbindliche Ordnungsregeln und ein unnachgiebig strenges Haftungsrecht setzt. Jeder, der in einer freien Wirtschaft tätig ist, muss wissen, dass er zwar selbst entscheiden kann, dass er aber für seine Entscheidungen allein die Verantwortung trägt und jeden Schaden, den er anderen zufügt, ersetzen muss. Und nicht nur das: Er muss auch für den Schaden aufkommen, den er durch wettbewerbswidriges Verhalten seinen Konkurrenten oder den Verbrauchern zufügt.

V.

Konsequenzen der freiheitlichen Wirtschaftspolitik für die Sozialpolitik

Eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, wie wir sie fordern, wird sich nicht nur im Bereich der Wirtschaftspolitik selbst, sondern auch im Bereich der Sozial-, Struktur- und Gesellschaftspolitik günstig auswirken.

Die gegenwärtige Sozialpolitik beruht vor allem auf dem Gedanken der Umverteilung. Sie will die Leistungen der Wirtschaft den sozial Schwachen zugänglich machen. Sie will Leistungsfähige belasten, um die Ansprüche der sozial Schwächeren erfüllen zu können.

Was in wirtschaftlich besseren Zeiten der Vergangenheit weniger problematisch war, überfordert in komplexer gewordenem Umfeld heute aber den Sozialstaat. Die Gemeinschaft kann nicht mehr im selben Maße wie in der Vergangenheit für die einzelnen Menschen sorgen und ihnen die Eigenverantwortung abnehmen. Wir halten aber an dem Grundsatz fest, dass all jenen Hilfeleistungen gewährt werden müssen, die unverschuldet in Not geraten sind, sich selbst nicht weiterhelfen können und tatsächlich hilfsbedürftig sind.

Das heute erreichte Ausmaß sozialpolitischer Umverteilung ist zu einer schweren Bürde für Arbeitnehmer und Wirtschaft geworden. Die immense Aufgabenlast führt dazu, dass Marktleistungen, die abgabepflichtig sind, immer mehr eingeschränkt werden. Andererseits müssen die Leistungszusagen laufend ausgedehnt werden, weil jeder Anspruch einen Präzedenzfall schafft und immer neue Ansprüche befriedigt werden müssen.

Die Soziale Marktwirtschaft weist einen Ausweg aus diesem Dilemma. Sie folgt der Maxime: „Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.“ (Ludwig Erhard)

Die Marktwirtschaft bildet die Voraussetzung für die Sozialpolitik. Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft ist eben, dass sie die Marktwirtschaft nicht abbremst, sondern sie gerade im Gegenteil entfesselt. Je besser die Marktwirtschaft funktioniert, desto besser kann den Schwächeren geholfen werden. Dabei will die Soziale Marktwirtschaft nicht die Marktwirtschaft sozialer machen, sondern das Ergebnis der Marktwirtschaft soll nach sozialen Kriterien gestaltet werden.

Das Soziale der Marktwirtschaft verlangt, dass im Rahmen der Wirtschaftspolitik möglichst jedem Zugang zu einer Einkommensquelle und damit zu einer eigenständigen Existenzsicherung geschaffen wird.

Ein breit verteilter Wohlstand – „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) – reduziert die Notwendigkeit der Umverteilung auf ein Minimum. Die Sozialpolitik wird dadurch nicht überflüssig, aber sie kann auf die Bewältigung wirklicher Notlagen und die Beseitigung oder Linderung von Benachteiligungen konzentriert werden.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist sozialer als es alle anderen, angeblich so sozialen Absichten sind.“ (Ludwig Erhard)

VI.

Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge

Elementar für eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft und die Akzeptanz einer grundlegenden politischen Wende ist das Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Nur so kann es gelingen, dem Einzelnen seine Einbindung in den gesellschaftlichen Zusammenhang der Freiheit zu vermitteln.

Wesentlich ist die Korrelation zwischen dem Ruf nach immer mehr staatlichen Leistungen und der Entwicklung der zur Verfügung stehenden Mittel jedes Einzelnen. Der Ruf nach staatlicher Finanzierung von mehr Subventionen oder höheren Sozialleistungen oder nach der staatlichen Absicherung persönlicher Lebensrisiken ist allgegenwärtig. Selten ist jedoch die Erkenntnis zu vernehmen, dass diese tausendfachen Ansprüche durch die Staatseinnahmen - unsere Abgaben, Steuerzahlungen und die Leistungen der Wirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung - zu finanzieren sind. Umso zahlreicher und höher die Ansprüche an den Staat werden, desto höher wird zwangsläufig der finanzielle Bedarf des Staates zu Lasten der erwerbstätigen Bevölkerung und der Wirtschaft.

„Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten.“ (Ludwig Erhard)

Eingedenk dieser Zusammenhänge muss sich jeder Bürger darüber im Klaren sein, „dass das Volkseinkommen jeweils nur einmal ausgegeben werden kann und dass es an uns allen liegt, die Rangordnung der Werte und der Zwecke zu bestimmen. „Wir alle“ – das bedeutet Verantwortung für jeden einzelnen.“ (Ludwig Erhard)

Eines ist zudem gewiss: Wir müssen wieder dahin kommen, dass jeder den überwiegenden Teil seiner Anstrengungen und Leistungen für sich selbst behalten darf. Eine zu hohe Abgabenlast erstickt jedes Gefühl für Freiheit und Selbstverantwortung. Sie lähmt Anreize für Eigentum, Arbeitskraft, Existenzgründungen und wirtschaftliche Dynamik.

VII.

10 Leitsätze für eine grundsätzliche politische Wende

Unsere ordnungspolitischen Vorstellungen für eine grundsätzliche politische Wende lassen sich in zehn Leitsätzen darstellen. An diesen Leitsätzen soll sich eine Politik für Deutschland zukünftig ausrichten.

1. Wir fordern die Rückkehr zu einer ganzheitlichen und grundsätzlichen Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Die kurzatmige Reparaturpolitik mit Einzelmaßnahmen ohne Vision und Gesamtkonzept, das Agieren im Rhythmus des Tagesgeschäftes muss ein Ende haben.
2. Der Staat hat in der Sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitische Aufgaben zu erfüllen und den Rahmen für freiheitliches Unternehmertum und private Initiativen zu setzen. Seine Aufgabe darf es nicht weiterhin sein, sich als Chef-Umverteiler zu verstehen. Wir müssen die staatliche Umsorgung überall dort abbauen, wo der Einzelne für sich selbst sorgen kann. Nur so erhält das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit, Risikobereitschaft und Selbständigkeit eine neue Basis.
3. Wir fordern eine demografiefeste Reform unserer sozialen Sicherungssysteme, welche die Eigenverantwortung wieder stärkt und individuellen Leistungspotentialen den notwendigen Freiraum schafft. Die Sozialgesetze müssen dahingehend verändert werden, dass sie dem Bild und der Vorstellung vom freien, mündigen Bürger entsprechen.
4. Wir brauchen eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zum obersten Ziel erklärt und den zunehmenden Wettbewerbsdruck aus der Globalisierung als selbstverständliche Tatsache und Chance akzeptiert. Um unsere globale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, müssen unsere hohen Lohnkosten, Lohnnebenkosten, die immense Steuer- und Abgabenlast deutlich reduziert werden. Bei weniger Einnahmen kann der Staat weniger Aufgaben wahrnehmen, er ist auf seine Kernkompetenzen zu begrenzen. Dies sind die Sicherung der offenen Märkte, der individuellen und wirtschaftlichen Freiheit, eines funktionierenden Marktpreissystems, eines fairen Leistungswettbewerbs sowie Gemeinschaftsaufgaben wie Polizei und Infrastruktur und die Organisation der solidarischen Hilfe.
5. Zwischen individueller Freiheit und staatlicher Regelung muss wieder die Balance hergestellt werden. Anstelle von Intervention brauchen wir Wettbewerb, anstelle von Regulierung - Flexibilität, anstelle von Bürokratie - Freiräume für individuelle Entscheidungen, anstelle eines Steuersystems mit dem Ziel der Einzelfallgerechtigkeit eine einfache und leicht verständliche Regelung. Klare, für jeden erkennbare Zuständigkeitsgrenzen von Staat und Individuum müssen die staatliche Zwangsumklammerung des Einzelnen ablösen. Unser Menschenbild vom freien, verantwortungsbewussten Bürger muss wieder zum Maßstab deutscher Politik werden. An ihm ist zu messen, was der Bürger selbstverantwortlich entscheiden kann und was der Staat leisten muss.
6. Wir müssen zu einem Verständnis für das rechte Maß von Rechten und Pflichten zurückkehren. Jeder Einzelne hat die Pflicht, sich eigenverantwortlich und leistungsbreit für die bestmögliche Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu engagieren. Dem Staat obliegen die Bringpflicht bezüglich der Vielfalt der Schulen und Ausbildungsstätten und eine Rahmensetzung für schnellere, wettbewerbsfähige und zeitgemäße Ausbildungsabschlüsse. Die Zeiten, in denen der Staat alle persönliche Unbill auszugleichen hatte, müssen vorbei sein.

7. Wir brauchen eine familienpolitische Vision und die Revitalisierung der Familie. Wir müssen uns ganz bewusst zur Familie bekennen und ein besseres Umfeld für Kinder und Erziehung in Deutschland schaffen. Die Erziehung der Kinder darf nicht an den Staat delegiert werden, aber die Eltern, die ihrem Beruf nachgehen wollen, müssen die Chance bekommen, für ihre Kinder individuell wählbare Betreuungsmöglichkeiten zu erhalten. Eine erfolgreiche Familienpolitik bedarf dabei der gesamtgesellschaftlichen Unterstützung.
8. Politik und Gesellschaft dürfen keine neuen Neiddebatten zulassen. Zur Freiheit gehört der Unterschied, die Ungleichheit. Wir müssen unseren Bürgern deutlich machen, dass es in unserer Gesellschaft Ungleichheiten unterschiedlichster Art gibt. Es geht um Chancengerechtigkeit für alle - sie ist keine Chancengleichheit, weil die Menschen unterschiedlich sind.
9. Wir fordern die Politik auf, Eliteförderung in unserem Land endlich wieder mit Leben zu erfüllen, anstatt zuzulassen, dass sie aus ideologischen Gründen verunglimpft wird. Bei der Eliteförderung sind geistige und praktische Eliten gleichermaßen zu berücksichtigen. Wir müssen die Ursachen beseitigen, die zur Abwanderung der leistungsfähigen Wissenschaftler, Konstrukteure und Unternehmer führen.
10. Es muss als wesentliche Aufgabe der Politik verstanden werden, die Mitbürger von der Notwendigkeit und Richtigkeit von Reformen zu überzeugen. Die eigene Zukunftssicherung ist zu erklären und auch gegen Widerstände durchzusetzen. Alles andere bedeutet Stillstand.

VIII.

Zusammenfassung

Auch wenn wir als MIT die Interessen des Mittelstandes vertreten, geht es uns nicht um die Förderung des Mittelstandes durch die Politik. Uns geht es nicht um Gruppeninteressen, sondern um Freiheit und Autonomie für alle Bürger. Wir wollen, dass in allen Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik mündige Bürger, engagierte Mitarbeiter und verantwortungsbewusst Handelnde ihre Interessen selbst vertreten.

Wir sind überzeugt, dass sich mit der Sozialen Marktwirtschaft neben großen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten auch Integrationskräfte, ein positives Werte- und Staatsbewusstsein sowie das notwendige Interesse an der Erhaltung und Fortentwicklung von gemeinsam genutzten Einrichtungen schaffen lassen.

Wir wissen, dass unsere Forderungen auf eine umfassende politische Wende hinauslaufen und dass es schwer ist, für ein Programm der Freiheit Mehrheiten zu finden. Die Auswirkungen der Freiheit – so immens sie sein mögen – lassen sich nicht vorausberechnen und beziffern.

Grundsätzlich gilt aber: „Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmass an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen. Die Marktwirtschaft ist damit diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandsmehrung und persönlicher Freiheit verbindet.“ (Ludwig Erhard)

Es ist höchste Zeit, dass sich die Politik von der Befriedung von Gruppeninteressen trennt. Sie muss zurückfinden, zu jenem Programm, mit dem die Union schon einmal Wohlstand für alle und soziale Zufriedenheit geschaffen hat.